

Beschlussempfehlung und Bericht des Verkehrsausschusses (15. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 20/5651 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Übereinkommens über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation

A. Problem

Die Bundesrepublik Deutschland ist seit 1959 Mitglied in der 1948 gegründeten Internationalen Seeschifffahrts-Organisation („International Maritime Organisation“, kurz: IMO).

Die IMO hat auf ihrer 32. Versammlung am 8. Dezember 2021 die Resolution A.1152(32) hinsichtlich der Änderungen der Artikel 16, 17, 18, 19 Buchstabe b und Artikel 81 des Übereinkommens über die Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO-Übereinkommen) angenommen. Durch diese Änderungen werden der Rat von 40 auf 52 Mitglieder erweitert (Artikel 16) sowie jeweils zwölf Sitze den Kategorien a und b und 28 Sitze der Kategorie c zugewiesen (Artikel 17). Die bisherige zweijährige Amtszeit der Mitglieder des Rates wird auf vier Jahre verlängert (Artikel 18) sowie das erforderliche Quorum für den Rat erhöht (Artikel 19 Buchstabe b). Mit Änderung des Artikels 81 werden die arabische, chinesische und russische Fassung der Sprachtexte des IMO-Übereinkommens für verbindlich erklärt.

Die Änderungen der Artikel 16, 17, 18, 19 Buchstabe b und 81 des IMO-Übereinkommens erfordern gemäß Artikel 71 des IMO-Übereinkommens die Zustimmung von zwei Dritteln der Mitgliedschaft oder 117 Mitgliedstaaten.

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die nach Artikel 71 des IMO-Übereinkommens vorgesehene Ratifikation geschaffen werden.

Annahme des Gesetzentwurfs in unveränderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/5651 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 15. März 2023

Der Verkehrsausschuss

Udo Schiefner
Vorsitzender

Dr. Christoph Ploß
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Christoph Ploß

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf **Drucksache 20/5651** in seiner 88. Sitzung am 2. März 2023 beraten und an den Verkehrsausschuss zur Beratung überwiesen. Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat sich gutachtlich beteiligt.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Gesetzentwurf enthält die Zustimmung zu der in London am 8. Dezember 2021 von der IMO verabschiedeten Resolution A.1152(32) zur Änderung des IMO-Übereinkommens.

III. Stellungnahme des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung

Der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung hat sich seiner 22. Sitzung am 18. Januar 2023 mit dem Gesetzentwurf befasst und festgestellt, dass eine Nachhaltigkeitsrelevanz nicht gegeben ist. Eine Prüfbitte ist somit nicht erforderlich (Ausschussdrucksache 20(26)32-1).

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verkehrsausschuss** hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 20/5651 in seiner 35. Sitzung am 15. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Annahme ohne Änderungen.

Berlin, den 15. März 2023

Dr. Christoph Ploß

Berichterstatler